FileNr:96|id:HB9FED9266-CB05-409A-A4A9-7E376995FC3E|date:2021-05-03|source:HB|title:Folgen für Generationen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Die Politik darf Klimaschutz nicht zulasten der Jugend verschleppen. Die gleiche Frage stellt sich aber auch bei Haushalt, Rente und Bildung. Als das Verfassungsgericht seine Klima-Entscheidung faellte, war die Politik voll des Lobes, "wegweisend" nannte es die Kanzlerin. Die Karlsruher Richter hatten entschieden, dass die konsequente Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht zulasten der jungen Generation aufgeschoben werden duerfe.

Den Gruenen dient das als Steilvorlage: Sie fordern von der noch amtierenden Regierung eine schnelle Erhoehung des CO2 - Preises von 25 auf 60 Euro. Scholz kuendigte in der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" einen Vorstoss fuer ein neues Klimaschutzgesetz an. Noetig seien mehr Generationengerechtigkeit, Planungssicherheit und Klimaschutz, "der die Wirtschaft umbaut und modernisiert". "Generationengerechtigkeit" ruehrt an einen entscheidenden Punkt: Das Karlsruher Urteil reicht weit ueber den Klimaschutz hinaus - es betrifft auch die Sozialsysteme, die Schuldenbremse oder die Bildung.

Rente: Wie wird die Last auf die Generationen verteilt?

Die Babyboomer seien "reproduktive Rohrkrepierer", schimpfte Bernd Raffelhueschen, der Direktor des Forschungszentrums Generationenvertraege an der Uni Freiburg. Die geburtenstarken Jahrgaenge haetten versaeumt, ausreichend Kinder in die Welt zu setzen, um die Rente zu sichern. Das fuehre dazu, dass ab 2040 "ein Erwerbstaetiger einen Alten versorgen" muesse.

Seit Jahren berechnet der Wissenschaftler, wie politische Entscheidungen in der Renten- oder Gesundheitspolitik die "impliziten" Staatsschulden in die Hoehe treiben, die auf Kosten kuenftiger Generationen gehen. Seine Methoden sind umstritten. Aber dass angesichts der Alterung der Gesellschaft immer mehr Rentnern immer weniger Beitragszahlende gegenueberstehen, ist Fakt. Die Frage, wie die Last verteilt wird, ist Gegenstand politischer Diskussionen. Ist es gerecht, das Rentenniveau fuer heutige und angehende Rentnergenerationen zu stabilisieren und juengeren Arbeitnehmern hoehere Beitraege oder einen spaeteren Renteneintritt zuzumuten? "Die Rentenpolitik der vergangenen Jahre ging auf Kosten kuenftiger Generationen", kritisiert der Geschaeftsfuehrer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hubertus Pellengahr. Die Rente mit 63, die doppelte Haltelinie bei Rentenniveau und Beitragssatz sowie die Muetterrente truegen dazu bei, dass die Beitraege und Steuerzuschuesse in die Rentenkassen ab 2025 "in atemberaubende Hoehen" stiegen. Der ausgesetzte Nachholfaktor zeige exemplarisch, dass Belastungen einseitig auf kuenftige Generationen abgewaelzt wuerden. Normalerweise sorgt der Mechanismus dafuer, dass die Rentensteigerung nach einer Krise gedaempft und so die schlechtere Lohnentwicklung nachvollzogen wird. Durch die Aussetzung muessen sich Rentner nicht an den Kosten der Corona-bedingten Lohnrueckgaenge beteiligen, profitieren aber zu 100 Prozent von kuenftigen Lohnsteigerungen. "Das verstoesst eklatant gegen die Gerechtigkeits- und Freiheitsgrundsaetze, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil unterstrichen hat", sagt Pellengahr.

Die Herausforderungen beim Klima seien zwar andere als bei der Rente, sagt FDP-Sozialexperte Vogel. "Aber auch dort werden durch die Politik der letzten Jahre Konsolidierungsaufgaben massiv auf die Zeit um 2030 verschoben und damit umso schwieriger." Die Bundesregierung hatte zwar eine Kommission einberufen, die sich mit der nachhaltigen Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung ab 2025 befassen sollte. In ihrem Bericht spricht sie sich zwar fuer eine Beibehaltung von Haltelinien bei Rentenniveau und Beitragssatz aus, aber gegen eine Anhebung der Regelaltersgrenze ueber 67 Jahre hinaus.

Fuer den rentenpolitischen Sprecher der Gruenen-Bundestagsfraktion, Markus Kurth, ist das Urteil nicht so einfach uebertragbar: "Der Unterschied zwischen Rente und Klima ist, dass beim Klima die Folgen fuer die nachwachsenden Generationen irreversibel sind, waehrend man bei der Rente nachsteuern kann."

In der kommenden Wahlperiode werden nachhaltige Rentenfinanzen sicher ein Thema werden. Ein entscheidender Beitrag zur Generationengerechtigkeit sei, die Zahl der Beitragszahler durch Zuwanderung, eine hoehere Frauenerwerbsquote und mehr Qualifizierung hochzuhalten, sagt Kurth.

Haushalt: Schraenken Staatsschulden die Juengeren ein?

Er moege sich nicht ausmalen, welche Folgen das Karlsruher Urteil haette, wenn es auch auf Staatsschulden angewendet werden wuerde, sagte ein Beamter im Bundesfinanzministerium. Es koennte hoeherer Staatsverschuldung einen Riegel vorschieben, um kuenftige Generationen vor "Schuldenbergen" zu schuetzen. Tatsaechlich war diese Sorge lange in Deutschland weit verbreitet: Der Staat duerfe sich nicht zu hoch verschulden, um dem Nachwuchs keine hohen Verbindlichkeiten zu hinterlassen. Mit dieser Intention wurde auch die Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben. Zuletzt ist die Sichtweise aber in die Kritik geraten, die genau entgegengesetzte Meinung gewann Oberwasser: Es nuetze niemandem etwas, wenn der nachfolgenden Generation keine Schulden hinterlassen wuerden, dafuer aber eine marode Infrastruktur oder Duerre. Zudem erbten die Folgegenerationen ja nicht nur Schulden, sondern auch Vermoegen, etwa in Form direkter Schuldtitel. Deshalb muesste die Schuldenbremse mindestens reformiert oder gleich abgeschafft werden. Entlang diesen Linien entspann sich eine Diskussion unter Oekonomen. So schrieb der Duesseldorfer Oekonom Jens Suedekum auf Twitter: "Die oekonomische Konsequenz des Urteils ist fuer mich, dass es auch zulaessig sein muss, die Kosten fuer die heute dringend notwendigen Klimaschutzmassnahmen ueber die Zeit zu strecken." Sprich: Klima-Ausgaben muessten aus Schuldenbremse und EU-Fiskalpakt herausgerechnet werden. Ifo-Oekonom Joachim Ragnitz sagte, das stimme wahrscheinlich, hiesse im Umkehrschluss aber, "schuldenfinanzierte Ausgaben, die nur der heutigen Generation zugutekommen wie etwa Corona-bedingte Notstandskredite, muessten auch von dieser zurueckgezahlt werden". Rechtswissenschaftler Kube sagt: "Fuer den Bereich der Staatsverschuldung sichert die verfassungsrechtliche Schuldenbremse die demokratische Selbstgestaltungsfaehigkeit und Freiheitschancen auch in Zukunft." Zwar sei der individuelle Grundrechtsbezug hier weniger unmittelbar als beim Klima, doch sei die kuenftige finanzielle Handlungsfaehigkeit essenziell fuer die Schaffung tatsaechlicher Freiheitsvoraussetzungen wie etwa Sicherheit oder eine gute Infrastruktur. Deshalb lasse sich eine "zusaetzliche gegenwaertige Staatsverschuldung aus Gruenden des Klimaschutzes auch nach der Entscheidung Karlsruhes nicht rechtfertigen", so Kube. Die Entscheidung waege heutige und kuenftige Freiheitseinbussen miteinander ab. "Staatsverschuldung vermeidet dagegen heutige Einbussen und buerdet den kuenftigen Generationen zusaetzliche Einbussen auf. Dies waere das Gegenteil von generationenuebergreifender Gerechtigkeit." Bildung: Wie schmaelern geringe Investitionen die Chancen? Beklagen koennten sich junge Menschen zu Recht ueber das defizitaere Bildungswesen. Schon 2008 rief Kanzlerin Merkel die "Bildungsrepublik Deutschland" aus, das System muesse "jedem die Chance auf Einstieg und Aufstieg ermoeglichen". Gemeinsam mit den Laenderchefs versprach sie, die Bildungsausgaben bis 2015 auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Davon ist die Republik weit entfernt, zuletzt waren es gerade mal 4,2 Prozent. Der OECD-Schnitt liegt bei 4,9 Prozent. Laender wie Norwegen, USA, Neuseeland, Australien, Grossbritannien oder Israel stecken sogar mehr als sechs Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die Bildung. Geld ist nicht alles, aber auch der Output ist unbefriedigend: In den internationalen Pisa-Tests der OECD sind die deutschen Schueler in 20 Jahren nicht ueber das obere Mittelfeld hinausgekommen - und zuletzt wieder zurueckgefallen. Dazu kommen die schlechteren Chancen fuer Kinder aus Nicht-Akademiker- oder Migranten-Haushalten. Fast allen anderen Laendern gelingt es weit besser, familiaere Unterschiede auszugleichen. All das schmaelert die Chancen vieler auf Jobs und gute Gehaelter enorm - und daempft zugleich das Wirtschaftswachstum....

Fokus Deutschland